

# Die Grenzen der Politikfähigkeit



Dr. Axel Munte,  
Vorsitzender des  
Vorstandes der KVB



Dr. Wolfgang  
Hoppenthaller, stell.  
Vorsitzender des  
Vorstandes der KVB

*Diplomatie ist dieser Tage allorten gefordert. Gerade in den Tagen und Wochen vor den Wahlen bemühen sich die politischen Akteure, Positionen zu besetzen ohne potenzielle Wähler zu verschrecken. Eine Aufgabe, die ähnlich schwierig ist wie die der Kassenärztlichen Vereinigungen (KVen), die sich zwischen Interessenvertretung und Ordnungsfunktion aufzureiben drohen. Doch die jüngsten Entwicklungen im Gesundheitswesen haben einen Ausweg aus diesem Dilemma aufgezeigt.*

*KVen – selbstkritisch betrachtet: Lange hat der simple Verweis auf die Janusköpfigkeit gereicht, Schwächen der eigenen Organisation zu rechtfertigen und Akzeptanzprobleme schön zu reden. Lag das vielleicht daran, dass der Patient nicht mehr konsequent in der Mitte unseres Weltbildes stand? Die bestmögliche Versorgung unserer Patientinnen und Patienten – dieser Anspruch liefert uns die Legitimation sowohl für die Ordnungsfunktion als auch für die Interessenvertretung. Damit wird auch klar, dass ein Engagement für die Ärzteschaft oder für Gruppen von Ärzten etwas anderes ist als die Vertretung der gebündelten subjektiven Einzelinteressen. Konkretes Beispiel: Sich um die Beseitigung oder Behebung von Fehlleistungen Einzelner zu kümmern, macht auch die Interessenvertretung aller Kolleginnen und Kollegen aus. Mit den Qualitätsprojekten in der Mammographie, der endoskopischen Hygiene sowie der Rezertifizierung von über 6000 Hausärzten im Rahmen des Diabetes-*

*Strukturvertrages haben wir demonstriert, was wir meinen und was machbar ist. Diesen Weg werden wir fortsetzen.*

*Die bayerischen Vertragsärzte und Psychotherapeuten haben uns gewählt, obwohl wir diese Politik vertreten und das auch vorher gesagt haben. Nein, nicht obwohl, sondern weil es so ist. Zwingt uns nun aber die „große Politik“ wieder umzudenken? Kann sie uns zwingen?*

*Es geht um Disease Management Programme (DMP), um Daten und um das besondere Vertrauensverhältnis zwischen Arzt und Patient. Und es geht um Macht. Einige Spitzenvertreter der Krankenkassen, einige Expertokraten und in ihrem Schlepptau der Gesetzgeber – gemeinsam schicken sie sich nun an, über DMP die Systemfrage zu stellen. Zwischen den chronisch kranken Patienten und seinen Arzt würde nach den Wünschen der Befürworter ein Fallmanager treten, der im Auftrag der Kassen in die Steuerung eingreift. Mit der Rückendeckung des Gesetzgebers und, bitte schön, mit freundlicher Mitwirkung der Ärzte. Ist diese erst gesichert, so wird die „aufgeklärte“ Einwilligung des Patienten am Ende zur Formsache.*

*Zum 1. Juli ist eine entsprechende Rechtsverordnung in Kraft getreten. Und schon beginnt der Druck. Der Druck von außen auf die Ärzteschaft, sich dieser Entwicklung nicht zu verschließen. Die Kassen werden versuchen, uns Ärzte auszutesten. Wie viel müssen wir dir denn bieten, dass du uns die Unterschrift deiner Patienten verkaufst? Wenn die KVen dabei nicht mitmachen wollen, dann wird mit*

*Drohungen gearbeitet. Der Vorstandschef des Ersatzkassenverbandes, Herbert Rebscher, schrieb kürzlich von „Machtspielchen, mit denen die KVen sich selbst ins Abseits bringen“. Wer – so wie wir – eine zu weit reichende Datenweitergabe ablehne, „beschleunige den Trend in die Flexibilisierung der Vertragswelt“.*

*Doch müssen wir davor wirklich Angst haben? Wir haben gezeigt, dass wir es ernst meinen mit dem Anspruch, eine Service-KV zu bilden. Wir haben bewiesen, dass wir mit den Krankenkassen gemeinsam handeln können, Beispiel Arzneimittel-Vertrag. Wir haben demonstriert, wie schwierige Projekte aus eigenem Antrieb zu schaffen sind, siehe digitale Befundungsstation in der Mammographie. Unsere Politikfähigkeit, an die Leute wie Herbert Rebscher immer wieder gerne appellieren, hat Grenzen. Und zwar an der Stelle, wo die Belange unserer Patienten und der von uns vertretenen Vertragsärzte missachtet werden. Ein solcher Punkt ist bei der Diskussion um DMP erreicht. Wir bleiben bei unserer Forderung, die bei der Vertreterversammlung der Kassenärztlichen Bundesvereinigung fast einstimmig gebilligt wurde: „An die Krankenkassen können patientenbezogen nur die Stammdaten und das Eintrittsdatum in das jeweilige DMP bekannt gemacht werden.“*

*Damit hat die Vertreterversammlung einen mutigen Schritt getan, zu dem wir auch weiterhin voll stehen. Wir jedenfalls glauben nicht, dass durch diese klare Aussage unsere „Politikfähigkeit“ gefährdet ist. Im Gegenteil. Aus unserer Sicht bleiben wir so lange politikfähig, so lange wir uns von der patientenbezogenen Sicht nicht abbringen lassen. Und dies sollte – Wahlkampf hin oder her – auch den gewählten Volksvertretern vermittelbar sein.*